

Journal

Fahrende nun in Nidau – weiteres Vorgehen offen

NIDAU/BIEL Nach der Auflösung des Protestcamps der Fahrenden in Bern hat sich eine grössere Gruppe auf dem ehemaligen Expogelände in der Gemeinde Nidau niedergelassen. Wie es dort nun weitergeht, ist nach Angaben der Behörden noch offen. Eine Räumung wird aber nicht ausgeschlossen. Das betroffene Areal liegt zwar in der Gemeinde Nidau, gehört aber der Stadt Biel. Dementsprechend haben sich Vertreter beider Orte am Freitagnachmittag vor den Medien geäussert. Als störend empfanden die Nidauer Stadtpräsidentin Sandra Hess und der Bieler Sicherheitsvorsteher Beat Feurer, dass die Behörden von den Fahrenden vorher nicht informiert worden seien. Es könne nicht sein, dass die Fahrenden die Behörden vor vollendete Tatsachen stellten, kritisierte Hess.

Burkhalter sagt Kosovo Hilfe bei Versöhnungsbemühungen zu

BERN Am zweiten Tag seiner Balkanreise hat der amtierende OSZE-Vorsitzende, Bundespräsident Didier Burkhalter, gestern den Kosovo besucht. Bei einem Treffen mit Ministerpräsident Hashim Thaci sicherte er dem Land die Unterstützung der Schweiz beim Prozess der nationalen Aussöhnung zu. Ausserdem werde die Schweiz bis 2016 auch weiterhin Projekte zur Verbesserung des demokratischen Systems und der Förderung der freien Marktwirtschaft mit einem Betrag von insgesamt 88 Millionen Franken unterstützen, sagte Burkhalter gemäss einer Mitteilung des Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

Kurse für nordkoreanische Offiziere am Genfer Zentrum für Sicherheit

Die Kursteilnehmer werden vom VBS mit Stipendiengeldern unterstützt. Das erstaunt den Präsidenten der sicherheitspolitischen Kommission, Nationalrat Thomas Hurter.

BERN/GENF «Da fehlt das Fingerspitzengefühl», sagt Hurter. «Auf der einen Seite wird der Export von Seilbahnen in ein nordkoreanisches Skigebiet verboten, und russische Soldaten dürfen wegen der Krise in der Ukraine nicht an Gebirgskursen in der Schweiz teilnehmen. Da steht die Kursteilnahme nordkoreanischer Offiziere in Genf komisch im Raum. Wir brauchen eine Situationsanalyse – was wird in dieser Ausbildung gemacht?» Hurter will die Sache von der Sicherheitspolitischen Kommission untersuchen lassen und hat sie für die Sitzung vom kommenden Montag oder Dienstag traktandiert.

150 000 Franken in vier Jahren

Zum Zentrum für Sicherheitspolitik sagt Christian Catrina, Chef Sicherheitspolitik des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport: «1995 gründete das VBS unter Bundesrat Ogi das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, das seit 2010 ganz vom Auswärtigen Departement finanziert wird. Die Stipendien für acht Nordkoreaner, seit 2011 alles in allem 150 000 Franken, wur-

den aus dem vom Parlament dem VBS bewilligten Rahmenkredit von jährlich 500 000 Franken für Kooperationsprojekte bezahlt.» Davon würden übrigens auch die Übersetzungen des Sipri-Jahrbuchs (Stockholm International Peace Research Institute) ins Russische, Ukrainische, Chinesische und Arabische finanziert sowie jährlich 200 000 Franken an die Multinationale Beobachtungstruppe im Sinai beigesteuert. «Die Hauptkurse dauern neun Monate und werden mit 30 000 Franken unterstützt, die kürzeren, dreimonatigen mit 8500 Franken», ergänzt Catrina. Gemessen am VBS-Jahresbudget von mehr als 4,6 Milliarden Franken nehmen sich diese Beträge verschwindend klein aus, und in Genf, einer der teuersten Städte der Welt, wird man damit keine grossen Sprünge machen. Aber auch die Annäherung der USA an China begann 1971 mit kleinen Ping-Pong-Schrittchen...

Kursteilnehmer aus aller Welt

Der ehemalige Schweizer Botschafter Alain Guidetti vom Genfer Zentrum für Sicherheit erklärt auf Anfrage der SN: «Die Teilnehmer unserer Kurse kommen aus verschiedenen Ländern, der Schweiz, den USA, Frankreich, Belgien, Deutschland, aber auch aus Staaten in Konflikt- und Krisensituationen wie etwa aus dem Südsudan, der Ukraine, Russland, Ägypten oder Serbien. Sie leben in dem Campus des *Institut des hautes études internationales*, erweitern ihren Horizont, arbeiten mit ihren Kolleginnen und Kollegen zusammen und lernen dabei unterschiedliche

Gesichtspunkte kennen. Vor einem Jahr hatten wir zwei Nordkoreaner und einen Südkoreaner zur gleichen Zeit bei uns. Natürlich hatten sie heftige Diskussionen, lernten in der neutralen Schweiz und in Genf, der Stadt des Völkerbunds und der internationalen Organisationen, aber auch sich zu akzeptieren.»

Auch Verteidigungsminister Ueli Maurer rechtfertigte gestern die militärische Ausbildung von nordkoreanischen Offizieren in der Schweiz. Die Ausbildung sei sinnvoll, weil die Nordkoreaner «dort auf Südkoreaner treffen», sagte Maurer gestern Abend in der SRF-Nachrichtensendung «10vor10». Dieses Aufeinandertreffen «erweitert den Horizont und verbessert das Verständnis in dieser Region», sagte Maurer weiter. (us/sda)

Zentrum für Sicherheit Teilnehmer aus aller Welt arbeiten zusammen

Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GZSP) bietet Kurse für Diplomaten, Beamte und Militärangehörige, die in Aussen- und Verteidigungsministerien sowie internationalen Organisationen tätig sind. Die Teilnehmer kommen aus den Ländern des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats, des Nato-Mittelmeerdialogs und aus weiteren Ländern, einschliesslich afrikanischer, süd- und ostasiatischer Staaten. (us)

Ausschaffungsgefängnis Elf Kantone planen gemeinsam 250 Haftplätze

BERN Elf Kantone aus der Nordwest- und Zentralschweiz spannen bei der Planung für ein Ausschaffungsgefängnis zusammen. Gestern wurde ein entsprechendes Konzept vom Strafvollzugskordat verabschiedet. 250 zentralisierte Haftplätze sollen mittelfristig die kantonalen Gefängnisse entlasten. Der Bund ist dringend auf neue Haftplätze für auszuschieffende Ausländer angewiesen. Im Zuge der Umgestaltung des Asylwesens in den kommenden Jahren braucht es in den fünf oder sechs sogenannten Asylregionen neue Unterbringungsmöglichkeiten für abgewiesene Asylsuchende und andere Ausländer, die sich illegal in der Schweiz aufhalten und ausgeschafft werden sollen.

Nun haben die Kantone Aargau, Bern, Luzern, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Obwalden, Solothurn, Schwyz, Uri und Zug beschlossen, die Idee eines gemeinsamen Ausschaffungsgefängnisses weiterzuerfolgen und bis im Frühling 2015 ein Detailkonzept auszuarbeiten. «Die Konkordatskantone haben grünes Licht gegeben», sagte gestern Hans Peter Fricker, Generalsekretär des Aargauer Departements Volkswirtschaft und Inneres. Dies sei ein positives Signal. «Eine gemeinsame Lösung ist im Sinne der Neuorientierung des Asylwesens.» Doch Fricker warnt vor zu grosser Euphorie. Bis zur Umsetzung müssten noch viele Fragen geklärt werden: «Sowohl die Finanzierung als auch der Standort des Ausschaffungsgefängnisses werden uns beschäftigen.» (sda)

ANZEIGE

Bis zu CHF 6000.- Eintauschprämie* sichern
inkl. 10 Jahre Gratis-Service, 3 Jahre Vollgarantie**

Wir wollen Ihren Alten.

Wer jetzt tauscht, profitiert: Einfach Ihren Transporter zum Mercedes-Benz Partner bringen und Top-Prämie beim Kauf eines neuen Citan, Vito oder Sprinter erhalten.

Geben Sie sich nur mit der besten Lösung zufrieden. Setzen Sie darum auf die wirtschaftlichen und zuverlässigen Vans von Mercedes-Benz. Alle Transporter zeichnen sich durch höchste Qualitätsstandards für verbrauchs- und kostensparendes Fahren aus. Lange Wartungs- und Serviceintervalle von bis zu 60 000 km sorgen für kurze Standzeiten und geringen Unterhaltsaufwand. Damit Sie wirklich jedes Ziel erreichen. Mehr Information bei Ihrem Mercedes-Benz Partner oder unter www.mercedes-benz.ch

Mercedes-Benz
Vans. Born to run.

Auto Lang AG
Sonnenwiesenstrasse 17, 8280 Kreuzlingen, Tel. 071 686 84 44, www.autolang.ch

LARAG AG Neftenbach
Weiacherstrasse, 8413 Neftenbach, Tel. 052 304 40 40, www.larag.com

* Jeder Transporter kann zum Eurotaxwert plus Eintauschprämie von CHF 2500.- (Citan), CHF 5000.- (Vito) oder CHF 6000.- (Sprinter) eingetauscht werden. Das Eintauschfahrzeug muss seit mindestens 12 Monaten auf den Käufer eingelöst sein. Angebot gilt nur für gewerbliche Nutzer, gültig bis 30. Juni 2014. Preise exkl. MwSt. Gültigkeit auch bei Eintausch von Fremdmarken.

** MERCEDES-SWISS-INTEGRAL: das serienmässige Service- & Garantiepaket für alle Modelle – exklusiv von Mercedes-Benz Schweiz. 10 Jahre Gratis-Service, 3 Jahre Vollgarantie (beides bis 100 000 km, es gilt das zuerst Erreichte).